Datenschutzhinweise zur Videoüberwachung

Achtung Videoüberwachung!

Diese Informationen finden Sie zusätzlich auf unserer Internetseite www.flessabank.de/datenschutz.

Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen:

Bankhaus Max Flessa KG
Luitpoldstraße 2 – 6
97421 Schweinfurt
Telefon: 09721 531-0
E-Mail: info@flessabank.de
Internet: www.flessabank.de

Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung:

Die Videoüberwachung erfolgt gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. c) DSGVO i. V. m. § 15 SGB VII, § 7 DGUV (Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung) Vorschrift 25 „Überfallprävention“ sowie Art. 6 Abs. 1 lit. f) DSGVO.

Berechtigte Interessen, die verfolgt werden: Zwecke der Verarbeitung und berechtigte Interessen, die verfolgt werden:

- Überprüfung von Kundenansprüchen aus Vertragsrecht
- Schutz des Eigentums der Bank sowie ihrer Kunden und Gäste
- Zur Sicherheit und zum Schutz unserer Mitarbeiter, Kunden und Gäste
- Wahrnehmung des Hausrechts
- Prävention und Aufklärung von Straftaten
- Erfüllung der DGUV-Vorschrift Überfallprävention

Speicherdauer oder Kriterien für die Festlegung der Dauer:

Gefahrenbereich Geldausgabeautomat: max. 140 Tage

Überfallkamera: Speicherung und Speicherfrist in Abhängigkeit von Alarmauslösung

Empfänger der Videodaten: Videodaten werden nur anlassbezogen durch besonders autorisierte Mitarbeiter ausgewertet und nur an auskunftsberechtigte Behörden (Staatsanwaltschaft, Polizei) übermittelt.

Hinweise auf die Rechte der Betroffenen

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden; ist dies der Fall, so hat sie ein **Recht auf Auskunft** über diese personenbezogenen Daten und auf die in Art. 15 DSGVO im einzelnen aufgeführten Informationen.

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen unverzüglich die **Berichtigung** sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten und gegebenenfalls die **Vervollständigung** unvollständiger personenbezogener Daten zu verlangen (Art. 16 DSGVO).

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen zu verlangen, dass sie betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden, sofern einer der in Art. 17 DSGVO im einzelnen aufgeführten Gründe zutrifft, zum Beispiel, wenn die Daten für die verfolgten Zwecke nicht mehr benötigt werden **(Recht auf Löschung)**.

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen die **Einschränkung der Verarbeitung** zu verlangen, wenn eine der in Art. 18 DSGVO aufgeführten Voraussetzungen gegeben ist, zum Beispiel, wenn die betroffene Person Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt hat, für die Dauer der Prüfung durch den Verantwortlichen.

Die betroffene Person hat das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten **Widerspruch** einzulegen. Der Verantwortliche verarbeitet die personenbezogenen Daten dann nicht mehr, es sei denn, er kann zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen (Art. 21 DSGVO).

Jede betroffene Person hat unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelfs das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, wenn die betroffene Person der Ansicht ist, dass die Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt (Art. 77 DSGVO). Die betroffene Person kann dieses Recht bei einer Aufsichtsbehörde in dem Mitgliedstaat ihres Aufenthaltsorts, ihres Arbeitsplatzes oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes geltend machen. In Bayern ist die zuständige Aufsichtsbehörde:
Bayerisches Landesamt für Datenschutzaufsicht, Promenade 27 (Schloss), 91522 Ansbach.

Stand: Juli 2023